

gen: Ist Ihnen bekannt, daß der Entwurf für das Krankenkassenerrichtungsgesetz von den westdeutschen Krankenkassen erarbeitet wurde - ohne die Versicherung der DDR und auch anfangs ohne die Regierung der DDR?

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

Das weisen die Kassen selber aus. Ich weise Ihnen die Quelle nach.

Ich hätte Sie jetzt gern gefragt: Wo liegt der Beitrag der DDR bei der Schaffung des jetzt vorliegenden Gesetzes, und wo sind die speziellen Interessen der DDR, die es in diesem Bereich gibt? Das als eines.

Und als zweites: Vielleicht könnten Sie als Ausschußvorsitzende und in Kenntnis der Zusammenhänge etwas dazu sagen, daß die bisherige Übernahme der Gesetze aus der BRD in der Art und Weise, wie es geschieht, eingegrenzt und lückenhaft, dazu führt, daß beispielsweise ganze Gewerbebereiche des Mittelstandes gegenwärtig dem Bankrott entgegengehen?

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Herr Demloff, ich muß doch bitten, hier kein Statement abzugeben, sondern sich wirklich nur auf eine sachlich nüchterne Frage zu beschränken.

Demloff (PDS):

Es ist kein Statement. Der Bereich der Rehabilitationsbetriebe und der Orthopädiemechaniker hat mit dem Parlament eine Beratung durchgeführt und dargelegt, daß ...

(Unruhe im Saal)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Dr. Wöstenberg (F.D.P.):

Ich stelle den Antrag, daß die PDS ihre innerparteilichen Probleme in der Fraktion selbst klärt.

(Beifall, vor allem bei der F.D.P.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Ich darf darauf hinweisen, daß das kein ordnungsgemäßer Antrag zur Geschäftsordnung war, sondern ein frommer Wunsch.

Frau Dr. Schönebeck (PDS):

Darf ich einen Kompromiß anbieten? - Ich denke, wir werden in der nächsten Woche den Antrag im Gesundheitsausschuß beraten, und natürlich laden wir auch interessierte Abgeordnete, die nicht unmittelbar Mitglied des Ausschusses sind, ein zur Debatte. Ich denke, uns wird da noch eine Menge einfallen, wie wir ihn sozusagen DDR-spezifischer machen können. Das wird übrigens auch die Krankenkassenvertragsordnung betreffen, die als Verordnung hier eingebracht worden ist, von der wir, glaube ich, überzeugt sind, daß sie als Untersetzung dieses Gesetzes unbedingt als ein Gesetz in die Volkskammer zur Beratung gegeben werden muß, und dann können wir diese Fragen beraten.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Es gibt eine weitere Anfrage.

Leja (CDU/DA):

Frau Kollegin Schönebeck! Sie sprachen die Frage des Solidarbeitrages der Pharmaindustrie an mit negativer Wertung. Ist Ihnen aber bekannt, daß das Ziel des Bundesministers Blüm darauf hinausging, durch die Selbstbeteiligung vom Gießkannenprinzip der Subventionierung wegzukommen und daß die Maßnahmen, die Herr Blüm einleitete, dazu geführt haben, daß durch eine sinkende Nachfrage die Pharmaprodukte wesentlich im Preis gesunken sind und daß damit auch die Verhältnisse für denjenigen, der darauf angewiesen ist, sich nicht verschlechtert haben? Zum Teil sind die Produkte um 60 bis 70 % billiger geworden.

Frau Dr. Schönebeck (PDS):

Herr Abgeordneter, ich glaube, das würde jetzt zu weit führen, wenn wir über die Ergebnisse der Gesundheitsreform in der Bundesrepublik reden würden. Es gibt übrigens sehr unterschiedliche Auffassungen dazu, auch vom Bundestag selbst, was die zuständigen Ausschüsse angeht. Mein Problem ist nur das, ich weiß nicht, ob Sie die Bürger dieses Landes - und ich lese die ersten Nachrichten - damit nicht erneut erschrecken, daß in Zukunft jede Verordnung drei Mark kostet und daß der Zahnersatz auch bis zu 10 000 DM kosten kann. Und das sind Überlegungen: Wir wollten die Selbstbeteiligung noch ein bißchen hinausschieben, weil die Löhne und Gehälter das ja einfach nicht tragen, zumal die hohe Arbeitslosigkeit und andere Dinge auch noch eine Rolle spielen. Die Krankenkassen müßten dann dort doch letztlich wieder zuzahlen.

Das ist, glaube ich, die Frage, die wir hier auch bedenken müssen: Wie kommen wir aus dem Problem heraus, steigende Kosten abzufangen auch durch den sparsamen Umgang mit Mitteln. Ich sehe da wirklich das Bemühen der Ärzte, die sagen: Wir wollen nicht in erster Linie das große Geld machen, sondern wir wollen unsere Patienten vernünftig betreuen. - Ich weiß nicht, ob Ihnen aufgefallen ist, daß die Demonstration vom vergangenen Dienstag vor dem Ministerium für Gesundheitswesen die seit Wochen und Monaten einzige Demonstration war, auf der keine Gehaltsforderungen gestellt worden sind.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. Frau Abgeordnete, Sie hatten die Abwesenheit der Präsidentin beklagt. Das stimmt natürlich zunächst einmal als sachlicher Fakt. Aber ich darf Sie darüber informieren, daß die Frau Präsidentin gegenwärtig einen internationalen Gesprächstermin wahrnimmt in ihrer Eigenschaft als Staatsoberhaupt der DDR. Deshalb ihre Abwesenheit. Ich würde alle Damen und Herren, alle Abgeordneten des Hauses bitten, bevor man solche - ich nenne sie zwar in Anführungsstrichen, Sie hören das bitte mit - „Verdächtigungen“ ausspricht, bitte ich, sich vorher sachkundig zu machen.

(Beifall)

Der Minister für Gesundheitswesen hat um das Wort gebeten. Bitte.

Dr. Kleditzsch, Minister für Gesundheitswesen:

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen auf Grund dieses Wortspiels. Wir wollen sachlich arbeiten, verehrter Herr Abgeordneter, aber ich weise jede böswillige Unterstellung oder Polemik, wie sie jetzt von Ihnen aus der Fraktion der PDS betrieben wurde, ganz stark zurück.

(Beifall bei CDU/DA)

Und das ist nur die Fortsetzung dessen, was ich heute im ND gelesen habe.

(Nicht zu verstehende Zurufe bei der PDS -
Beifall bei CDU/DA)